

Die Soziale Marktwirtschaft: von den Anfängen über das Diktat der Märkte zum heutigen/aktuellen Dilemma der Politik

Eine Volkswirtschaft benötigt eine „Wirtschaftsordnung“, um das Gefüge der in der Gesellschaft ablaufenden Geschäftsprozesse in geordnete Bahnen zu lenken. Dazu gibt es verschiedene Prinzipien, welche die Einflussnahme des Staates auf die Bürger, die Unternehmen und die staatlichen Institutionen regeln. In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg die „Soziale Marktwirtschaft“ etabliert. Wie diese „Wirtschaftsordnung“ in der Volkswirtschaft der BRD funktioniert, soll im Folgenden näher betrachtet werden. Doch zunächst einige theoretische Überlegungen.

Der Sinn und Zweck einer Wirtschaftsordnung ist mannigfaltig. Da muss als erstes ein Ordnungsrahmen mit Regeln und Gesetzen geschaffen werden. Des Weiteren sind Mechanismen zur Stabilisierung der Wirtschaft wie Geld- und Fiskalpolitik bereitzustellen, um u.a. für die (Voll-) Beschäftigung der Bevölkerung zu sorgen. Eine weitere Aufgabe besteht darin, sich um die Verteilungsgerechtigkeit (z.B. Unterstützung schwächerer Regionen und Wirtschaftszweige, Alterssicherung) zu kümmern oder die Infrastruktur für das Leben der Menschen (z.B. sozialer Wohnungsbau) und das Funktionieren der Wirtschaft (z.B. Verkehrsinfrastruktur) zu schaffen. Alle diese Aspekte sind unter der Prämisse zu sehen, dass keine (oder zumindest maximal geringe) negativen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen (Nachhaltigkeit). Darüber hinaus müssen Einrichtungen für Forschung, Technologie, Bildung, Gesundheit und Kultur geschaffen und unterstützt werden.

Um diese grundlegenden Aufgaben zu gewährleisten, gibt es die folgenden drei Alternativen:

1. Der Staat lenkt zentral: Planwirtschaft.
2. Der Staat hält sich heraus: freie Marktwirtschaft (Kapitalismus).
3. Der Staat greift (lediglich) lenkend ein: soziale Marktwirtschaft.

(Aus der Kombination von 1. und 2. ergibt sich eine vierte Staatsform: Staatskapitalismus, wie wir ihn heutzutage in China erleben).

Die Geistesströmung des Liberalismus (Französische Revolution 1789, Deutsche Revolution 1848/49, ...) beendete die jahrhundertlange Epoche absoluter Herrschaft und etablierte in vielen Ländern freie, offene und liberale Gesellschaften. Was hier gesellschaftspolitisch Wirklichkeit wurde, sollte auch im Wirtschaftsleben Eingang finden. Nach den katastrophalen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise begannen in den 1930er Jahren Ökonomen um Walter Eucken (1891 - 1950), dem Begründer der Freiburger Schule, grundlegend neue Konzepte für eine künftige Wirtschaftsordnung zu entwickeln, den Neoliberalismus. Dieser Begriff wurde 1938 auf einer Konferenz in Paris geprägt und steht für eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit folgenden Gestaltungsmerkmalen: Privateigentum u. a. an Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit sowie **begrenzte** staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (im Bereich der Sozial- und Konjunkturpolitik).

Nach dem Zweiten Weltkrieg finden sich wissenschaftliche Ausführungen zu diesen Begriffen in der 1950 erschienenen Zeitschrift „ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“. Hier wurde der Begriff „Ordoliberalismus“ geprägt.

Dieser Ordoliberalismus lieferte die dogmatisch-theoretische Konzeption, für die in Deutschland entwickelte **Soziale Marktwirtschaft**. Diese ist in diesem Sinne eine „pragmatische und flexible Umsetzungsstrategie“, bei der ein notwendiger Ordnungsrahmen durch den Staat den wirtschaftlichen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger auf dem Markt sichern soll. Der Staat hat eine Ordnungsfunktion, um den Wettbewerb fair zu gestalten und die Rahmenbedingungen für eine funktionierende

Marktwirtschaft zu gewährleisten. (Als anschauliches Beispiel kann das Fußballspiel dienen: Der Staat ist der Schiedsrichter. Ist er zu streng, kommt das schnelle Spiel (die Wirtschaft) zum Erliegen, ist er zu lasch, gerät das Spiel aus den Fugen und wird unfair).

Das Konzept des Ordoliberalismus wurde im Wesentlichen von der bereits erwähnten Freiburger Schule der Nationalökonomie an der Universität Freiburg entwickelt, der neben Walter Eucken zeitweise auch Franz Böhm (1895 - 1977), Hans Grossmann-Doerth (1894 - 1944), Leonhard Miksch (1901 - 1950), Wilhelm Röpke (1899 - 1966) und Alexander Rüstow (1885 - 1963) angehörten.

(Während der Zeit des 3. Reiches mussten alle genannten Vordenker unter starken Repressionen leben und zum Teil aus dem Land fliehen - Wilhelm Röpke lebte z.B. in Istanbul und später in Zürich).

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“ (Müller-Armack, 1976).

Es ist ein Wirtschaftsmodell, das auf einer Kombination von marktwirtschaftlichen Prinzipien und sozialen Elementen beruht. Es zielt darauf ab, den Wohlstand einer Gesellschaft zu fördern, indem es sowohl die Vorteile eines freien Marktes als auch soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für die Bürger berücksichtigt.

Der Begriff Soziale Marktwirtschaft gilt als etablierte Bezeichnung für die Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweiz.

Sie zeichnet sich durch folgende wesentliche Merkmale aus:

- Freiheit für Unternehmer, selbst zu entscheiden, welche Produkte zu welchem Preis produziert werden sollen.
- Freiheit für Verbraucher, selbst zu entscheiden, was sie erarbeiten und kaufen wollen.
- Keine staatliche Preisfestsetzung (Angebot und Nachfrage regeln den Preis).
- Der Wettbewerb wird durch die Verhinderung von Monopolen, Korruption sowie Preisabsprachen gefördert und geschützt.
- Hoher Stellenwert eines sozialen Ausgleichs (Sozialgesetzgebung).
- Berücksichtigung ökologischer Aspekte – verstärkt in neuerer Zeit: Ökosoziale Marktwirtschaft.

Während die oben genannten Persönlichkeiten die theoretischen Grundlagen für unser Wirtschaftssystem legten, gilt Ludwig Erhard (1897 - 1977) als Vater der bundesdeutschen „Sozialen Marktwirtschaft“. Gemeinsam mit Alfred Müller Armack (1901 - 1978) setzte er in seiner 14-jährigen Amtszeit als Wirtschaftsminister der jungen Bundesrepublik Deutschland (BRD) die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien um. Und zwar gegen heftigen Widerstand der SPD, die erst 1959 mit ihrem Godesberger Programm auf den marktwirtschaftlichen Kurs einschwenkte.

Ihm verdankt die BRD das „Wirtschaftswunder“, das aufgrund der günstigen Zeitumstände weiten Teilen der Gesellschaft einen bis dahin nicht gekannten Wohlstand bescherte. Von einem Wunder wollte Ludwig Erhard allerdings nicht sprechen - Zitat: „*Das war kein Wunder - das war erdacht, gedacht und durchdacht!*“

Nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte sich in Deutschland ein zweites, hierzu gegensätzliches Wirtschaftssystem: Die Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Während unmittelbar nach dem Krieg der Alliierte Kontrollrat alle Geschicke in ganz Deutschland bestimmte, trennten sich die Wege Deutschlands, als am 20. März 1948 im Westen der Marshallplan angenommen wurde, der eine Westorientierung implizierte. Die Sowjetunion verließ daraufhin den Alliierten Kontrollrat

und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde die Planwirtschaft Moskauer Prägung als Wirtschaftssystem eingeführt.

Nach der Gründung der BRD am 23. Mai 1949 und den ersten Bundestagswahlen am 14. August 1949 wurde im Osten beschlossen, die Sowjetisch-besetzte Zone (SBZ) in die Deutsche Demokratische Republik umzuwandeln. Der Beschluss hatte folgenden Wortlaut

„Auf der Grundlage der vom Dritten Deutschen Volkskongress bestätigten Verfassung ist in der deutschen Hauptstadt Berlin von allen Parteien und Massenorganisationen im Deutschen Volksrat einmütig die Deutsche Demokratische Republik errichtet worden.“

Die Wirtschaft hatte in der DDR bedeutend schlechtere Voraussetzungen als im Westen. Viele Industriekapazitäten wurden von den Sowjets als Reparationen abgezogen. 50 % der 1936 vorhandenen Industriekapazität gingen bis 1954 verloren. Zudem machte sich der fehlende Wettbewerb in der Planwirtschaft deutlich bemerkbar - der "Mangel" wurde verwaltet. Ein Umstand, der die wirtschaftliche Prosperität direkt verhinderte, war die Tatsache, dass aufgrund der restriktiven Atmosphäre in der DDR (fehlende Meinungsfreiheit, übermäßige Überwachung durch die Staatssicherheit, Stasi) viele qualifizierte Fachkräfte in den Westen abwanderten. (U.a. aus diesen Gründen wurde am 13. August 1961 die Mauer errichtet).

Die mangelnde Wirtschaftskraft des Ostblocks (Warschauer Pakt) führte schließlich Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zum Zusammenbruch der DDR. Am 9. November 1989 fiel die Mauer und die Planwirtschaft in Ost-Deutschland war zu Ende!

Fazit

In einem Staat wirkt sich das zugrunde liegende Wirtschaftssystem auf verschiedenste Bereiche aus: Ein Bereich ist die Volkswirtschaft, in der es um die Produktivität, den Wohlstand und die Soziale Sicherheit geht. Unter dem Aspekt Umwelt geht es um Ressourcenverbrauch, Umweltbeeinträchtigung und klimatische Veränderungen. Bei Gesellschaftsthemen behandelt man das Bildungssystem, die Medien und das soziale Gefüge.

Die Erfahrungen aus der Systemkonkurrenz zwischen BRD und DDR zeigen deutlich, dass unterschiedliche Wirtschaftsordnungen zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich letztlich bewährt und zu einem nie dagewesenen Wohlstand geführt. Man darf aber nicht vergessen, dass es natürlich auch günstige Rahmenbedingungen für diese außergewöhnliche Entwicklung gab. Zum Beispiel gab es sehr viele Arbeitnehmer, die anpacken und sich wieder etwas aufbauen wollten. Auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren äußerst günstig.

Der Club of Rome

Ein nicht unwesentliches Merkmal unserer Marktwirtschaft ist, dass der Wohlstand auf stetigem Wachstum beruht. Bereits 1972 beschäftigten sich Ökonomen (im Club of Rome) mit dem Thema „Grenzen des Wachstums“. In ihrer Studie über die Zukunft der Weltwirtschaft haben sie diese vier Aspekte untersucht:

1. Neuformulierung der Ziele und Änderung der Funktionsweise unserer Wirtschaftssysteme
2. Entkopplung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch
3. Sicherung der Lebensgrundlagen
4. Bedeutung menschenwürdiger Arbeit

Als eine der Quintessenzen der Studienergebnisse kann das folgende Zitat angesehen werden:

„Wenn das gegenwärtige Wachstum der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“

Der damalige UN-Generalsekretär Shitu U Thant (1909 - 1974) zog aus den Ergebnissen der Studie die folgenden einleuchtenden Konsequenzen und formulierte die folgende These: *„Nach den Informationen, die mir als Generalsekretär der Vereinten Nationen zugehen, haben nach meiner Schätzung die Mitglieder dieses Gremiums noch etwa ein Jahrzehnt zur Verfügung, ihre alten Streitigkeiten zu vergessen und eine weltweite Zusammenarbeit zu beginnen, um das Wettrüsten zu stoppen, den menschlichen Lebensraum zu verbessern, die Bevölkerungsexplosion niedrig zu halten und den notwendigen Impuls zur Entwicklung zu geben. Wenn eine solche weltweite Partnerschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht zustande kommt, so werden, fürchte ich, die erwähnten Probleme derartige Ausmaße erreicht haben, daß ihre Bewältigung menschliche Fähigkeiten übersteigt.“*

Die Wissenschaftler gaben auch Hinweise, wie der negativen Entwicklung Einhalt geboten werden könnte. Ein stabiles Weltwirtschaftsmodell setzt aus ihrer Sicht ein geringeres Wachstum voraus, nämlich

- Weniger Ressourcenverbrauch
- Begrenztes Bevölkerungswachstum
- Geringere Industrieproduktion

Diese Begriffe waren bzw. sind leider „Unwörter“ unserer Zeit! Die Ratschläge der Wissenschaftler und die Worte von U Thant verhallten im Wind; aber es kam noch schlimmer.

Nach dem Zusammenbruch des planwirtschaftlich orientierten Ostblocks kam in den 90er Jahren mit dem „Neoliberalismus angelsächsischer Prägung“ das „Diktat der Märkte“. Dies führte dazu, dass die ökonomischen Kräfte des freien Marktes eine übermäßige und dominierende Kontrolle über das politische und gesellschaftliche Geschehen ausüben.

Typische Merkmale des Neoliberalismus „angelsächsischer“ Prägung sind Deregulierung, Freihandel / Finanzglobalisierung, Begrenzung des Deficit Spending (staatliche Anschubfinanzierung), Zurückdrängen des Staates durch Privatisierung und Abbau von Bürokratie.

Wichtige Protagonisten dieser neuen Entwicklung waren Margaret Thatcher (1925 - 2013 - Britische Premierministerin von 1979 bis 1990), Ronald Reagan (1911 - 2004 - U.S. Präsident von 1981 bis 1989), Milton Friedman (1912 - 2006), Alan Greenspan (1926 -) sowie als Institutionen: der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank.

Als euphorische Stimme zu diesen neuen Ideen sagte der damalige Außenminister und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle: „Der Markt regelt alles!“ Dem ist zu widersprechen: Der Markt regelt nicht alles, er regelt nur das Recht des Stärkeren!

Die Folgen dieser Entwicklung zeigten sich erstens darin, dass ökonomische Erwägungen und Unternehmerinteressen die demokratischen Prozesse überlagerten. Die Folge waren Deregulierung (z.B. Privatisierung von Gaswerken, Wasserwegen, Post, Telekommunikation, Bahn, Krankenhäusern, ...) und eine Überbetonung des Gewinnstrebens – der „EBIT“ wird zum Maß aller Dinge (EBIT: Earnings Before Interest and Taxes - Ergebnis vor Zinsen und Steuern). Gegründet ist dies auf globalisierten Finanzmärkten mit u.a. weltweitem Computer-Aktienhandel. Ein weiterer Gesichtspunkt besteht darin,

dass ein Machtgefälle zwischen den Tarifpartnern und dem Niedriglohnssektors entstand. Damit wird der soziale Frieden u.a. dadurch gefährdet, dass sich die Schere zwischen reich und arm immer weiter geöffnet hat. Schließlich kam es dazu, dass der Einfluss der multinationalen Konzerne und der globalen Finanzmärkte auf nationale Regierungen und deren Politik übermäßig zunahm.

All dies steht in krassem Widerspruch zu den Empfehlungen des Club of Rome. Die 1972 prognostizierte Entwicklung wurde 2004 einer Validierung unterzogen und es zeigte sich eine erstaunliche (und erschreckende) Übereinstimmung der Vorhersagen eines „Weiter so“ mit der Realität. Keine einzige der damals formulierten Empfehlungen wurde eingehalten - es ging genau in die entgegengesetzte Richtung.

In jüngster Zeit werden jedoch auch kritische Stimmen laut. Clemens Fuest, Präsident des IFO-Instituts, sagt:

„Als neoliberal wird ja alles – in Anführungsstrichen – kritisiert, was Vorteile von Märkten betont, oder als neoliberal werden Dinge bezeichnet, die eigentlich Missstände sind und überhaupt nichts mit Marktwirtschaft zu tun haben – der Missbrauch von Marktmacht von irgendwelchen Konzernen in Schwellenländern und ähnliches mehr“;

Ein anonymen Demonstrant formulierte es kürzlich so:

„Ich gehe gegen den Neoliberalismus auf die Straße, weil es für mich ein kapitalistisches System und eine ideologische Denkstruktur ist, die den Profit großer Wirtschaftsunternehmen über das Wohl der Menschen stellt.“

Joachim Gauck (2012 - 2017 deutscher Bundespräsident) äußerte sich wie folgt:

„Unternehmen nutzen Chancen - aber nicht alle haben verstanden, dass dauerhafter Erfolg nicht auf niedrigen Löhnen und laxen Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen beruht!“

Bei nüchterner Betrachtung der aktuellen Lage lassen die globalen politischen Prozesse in der Wirtschafts-, Umwelt- und Klimapolitik für die Zukunft nichts Gutes erwarten!

In der Zeitschrift des KKV (Kath. Kaufmannsverein) „Katholisches Magazin für Wirtschaft & Soziales NEUE MITTE (2/2023)“ werden im Artikel „Vom Kopf auf die Füße stellen - Wofür steht Prof. Dr. Niko Paech?“ die fundamentalen Ideen zur Postwachstumsökonomie erläutert. Zitat:

„Mehr als 50 Jahre und zahlreiche (Natur-)Katastrophen später wissen wir, dass die Hypothesen (Studie des Club of Rome, 1972) näher an der Realität sind als damals angenommen. ...“

Die Hauptkritikpunkte von Prof. Paech an der gegenwärtigen Situation sind die exzessive Verschwendung von Ressourcen, die fortschreitende Umweltzerstörung und die massive/sich verstärkende soziale Ungleichheit.

Als Gegenmaßnahmen fordert er Verlängerung der Nutzungsdauer von Produkten und Produktionsmitteln, Verlängerung der Lebenszyklen von Produkten, Reparaturfähigkeit, Reduzierung der Mobilität (z.B. Reduzierung der Fahrzeugflotte auf ein Fünftel) und die Reduzierung des CO²-Ausstoßes auf eine Tonne pro Einwohner und Jahr (derzeit emittiert jeder Bundesbürger acht Tonnen pro Jahr – ein Inder 1,2 Tonnen – siehe: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167877/umfrage/co-emissionen-nach-laendern-je-einwohner/>).

Das hochgesteckte Ziel „Wohlstandsreduktion ohne Verlust an Lebensqualität“ will er mit Hilfe der nachfolgenden Grundprinzipien der Postwachstumsökonomie erreichen: Entkopplung von Wohlstand und Wachstum, nicht Wachstum, sondern Steigerung der Lebensqualität, nachhaltiger Ressourcenverbrauch, Konsum innerhalb ökologischer Grenzen, soziale Gerechtigkeit, faire Verteilung von

Ressourcen und Chancen, lokale und regionale Autonomie, Reduktion globaler Abhängigkeiten, Resilienz und krisenfeste Wirtschaft.

Als Beispiel dient (ihm) das kleine Königreich Bhutan:

Nicht das Bruttoinlandsprodukt, sondern die Zufriedenheit der Menschen ist der Maßstab für die Bewertung der Lebensqualität. Dieser Index misst das Wohlbefinden der Menschen und nicht den materiellen Wohlstand. (Bhutan ist das einzige Land der Erde, das mehr Kohlendioxid aus der Atmosphäre aufnimmt, als es in die Atmosphäre abgibt.)

Natürlich provoziert Prof. Paech harsche, oft unwiderlegbare Kritik, weil doch eine gewisse Skepsis an der Machbarkeit erwächst und Angst vor Arbeitsplatzverlust bei reduziertem Wachstum aufkommt. Auch gibt es die Sorge um weltwirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit, nicht zu vergessen die politische Durchsetzbarkeit der Postwachstumsökonomie.

Dieser letztgenannte Ansatz ist heftig umstritten und wird (noch) als Utopie abgetan. Da mag etwas dran sein, aber es lohnt sich zumindest darüber zu diskutieren, denn ein "Weiter so" ist keine Alternative. Als Leitlinie aller Politik postuliert Prof. Paech als erstes die beiden Grundpfeiler Verantwortungsbewusstsein und Gerechtigkeit. Darüber hinaus spricht er von Redlichkeit (schon Ludwig Erhard forderte: „... Verzicht auf jede unredliche Politik, ...“) und von einem Verhalten der Wirtschaft nach dem Leitbild des "ehrbaren Kaufmanns“.

In der Tat gibt es öffentlich ausgezeichnete Beispiele für Vertreter eines fairen und ehrlichen Managements, wie das sind: Wolfgang Grupp (Trigema), Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) und Prof. Claus Hipp (Babybrei-Pionier).

Die Postwachstumsökonomie

Prof. Dr. Niko Paech formuliert in der Zeitschrift FUTUR-ZWEI (24/23) das Dilemma der Demokratie als Grundproblem, dass die Politik derzeit NICHT in der Lage ist, eine Postwachstumsökonomie zu gestalten, denn:

- was die Wählergunst sichert, endet langfristig im ökologischen Abgrund!
- und was die Lebensgrundlagen sichert, endet kurzfristig im politischen Abgrund!

Soweit die Gedanken von Prof. Paech.

Warum haben wir ein politisches Dilemma? Die politische Kaste lebt von der Zustimmung der Wähler und diese sind bei schlechten Nachrichten scheu wie ein Reh. Realistische und wirklichkeitsnahe, aber unangenehme Wahrheiten werden deshalb nicht formuliert - man will ja wieder gewählt werden! Davon hängt das materielle Wohlergehen eines Berufspolitikers ab. Also wird geschönt und die Realität verdrängt oder verharmlost.

Betrachten wir die kritische Situation des unverkennbaren Klimawandels: Eigentlich hätten längst wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen (siehe U Thant oben).

Derzeit erleben wir die ersten konkreten Auswirkungen der Erderwärmung (Brände auf Rhodos, in Brandenburg, in Australien - verheerende Überschwemmungen im Ahrtal, in Libyen, Griechenland, Russland, China – massive Hagelschäden u.a.im Raum Benediktbeuern – extreme Dürren in Indien, Sahelzone, ...). Diese Ereignisse sind aber erst der Anfang dieser katastrophalen Entwicklung, da es bisher weltweit KEINE wirklich wirksamen Gegenmaßnahmen gibt. Wir befinden uns nach wie vor in einer permanenten Phase der Umweltverschmutzung, u.a. mit schädlichen Klimagasen. Was bisher gegen diese Entwicklung unternommen wurde, ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten: Verbot von

Plastikstrohhalm, Plastikwattestäbchen, Plastikflaschenschraubverschlüssen. Wer glaubt, damit die Welt retten zu können, der sollte lieber weiterhin den Kopf in den Sand stecken!

Das ist die fatale Situation, in der wir leben - es ist fast nichts getan worden, um den Temperaturanstieg zu bremsen. Zum Vergleich ein Bild aus dem Straßenverkehr: Wir rasen mit 200 km/h auf eine Betonmauer zu und überlegen, ob wir bremsen sollen! Die heutige Politik träumt davon, den Wohlstand weiter steigern zu wollen (damit die Wahlen so ausgehen, wie sie es sich wünscht!), dabei sollte sie von dem sprechen, was schon Ludwig Erhard gesagt hat: Maß halten! Aber das allein reicht nicht. Wir müssen reduzieren, weniger - viel weniger verbrauchen. Mutter Erde ist nicht in der Lage, allen Menschen, die auf ihr leben, den westlichen Wohlstand zu bieten. (.... und das globale Bevölkerungswachstum ist nach wie vor weitgehend ungebremst!)

Da aber auch die Menschen in den weniger entwickelten Ländern ein Recht auf Wohlstandsmehrung haben, muss in der Konsequenz der Konsum (Wohlstand) der hochentwickelten Länder drastisch reduziert werden.

Was ist also zu tun? Auch hier soll uns Ludwig Erhard als Ratgeber dienen. Er hatte mit seiner maßvollen und ausgleichenden Politik als Wirtschaftsminister offensichtlich durchschlagenden Erfolg. Jede Übertreibung führt an anderer Stelle ebenfalls zu Überreaktionen. Ich erinnere hier an die Überbewertung des finanziellen Gewinns. Diese Tendenz/Einstellung hat bis heute sehr unangenehme Folgen, sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht.

Nachfolgend einige kleine, aber typische (manchmal ironisch formulierte) Beispiele für „Maßlosigkeit“:

Neue U-Bahn in München: Die Münchner Bürgerinnen und Bürger sind offensichtlich nicht in der Lage, sich vor sich schließenden U-Bahn-Türen zu schützen - nein: Sie müssen durch hunderte von roten LEDs gewarnt werden, dass sich die Türen schließen! Jahrzehntlang kam man ohne diese LED's aus, die völlig überflüssig sind und nur Geld kosten UND wertvolle Ressourcen verbrauchen.

- Straßenbau (Autobahnbau): Unsere Fahrzeuge sind offensichtlich zu schwach, um Steigungen zu überwinden. Berge werden abgetragen oder untertunnelt, Täler zugeschüttet. Unser „Götze“ Auto - jahrzehntlang das Lieblingskind der bundesdeutschen Verkehrsminister - hat überall Vorfahrt (aber für die eingleisige Bahnstrecke zum Tourismuszentrum Garmisch-Partenkirchen gibt es keinen EURO, wohl aber für den zig-millionen teuren Kramer-Autotunnel).

- Ein Besuch der Reise- und Freizeitmesse „f.re.e“ zeigt den unendlich großen Unterschied zwischen unserer luxusverwöhnten Gesellschaft und den Verhältnissen in unterentwickelten Ländern. Hier wird offensichtlich gegen Ludwig Erhardts Rat des „Maßhaltens“ verstoßen.

- Oder man betrachtet die Wohnungssituation in München im Bereich der Luxussanierung. In zentrumsnahen Stadtvierteln werden alteingesessene Bewohner aus ihren seit Jahren bewohnten Wohnungen vertrieben, weil sie die horrenden Mieten für die sanierten Wohnungen nicht mehr bezahlen können.

- Ein krasses Beispiel findet sich in Saudi-Arabien: Dort werden riesige Aquarien mit Klimaanlage auf 15 Grad Celsius heruntergekühlt, um Störe zu züchten, denn die Oberschicht verlangt nach frischem Kaviar!

-

Dies ist nur eine kleine Auswahl an krassen Beispielen, wo Überfluss zelebriert wird, wo Maß und Ziel nicht beachtet werden und wo ein „Weiter so“ in den politischen und ökologischen Abgrund führt.

Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden, denn ein "Weiter so", auch wenn es das Bequemste wäre, hätte nur fatale Folgen für die nachfolgenden Generationen. Eine Maßnahme ist sicherlich, die Folgen eines „Weiter so“ realistisch aufzuzeigen:

- Die Zahl der Naturkatastrophen würde drastisch zunehmen. Es gäbe mehr Dürren, mehr Brände, mehr Hochwasser (wärmere Luft kann mehr Wasser speichern und bei Abkühlung wieder abgeben). All diese Ereignisse könnten sogar die Ernährungssituation der Weltbevölkerung gefährden. Auch mehr Hurrikane / Tornados sind zu erwarten (höhere Versicherungsprämien lassen grüßen!).
- Als Folge dieser klimatischen Veränderungen sind extreme Fluchtszenarien durch Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche zu erwarten. Zum Beispiel in Afrika, wo Hungersnöte die Menschen zum Aufgeben zwingen, oder ganze Inseln in Ozeanien, die versinken (z.B. Tuvalu), oder große Landmassen, die durch den Anstieg des Meeresspiegels unbewohnbar werden, was zu Massenflucht führt (Prof. Jim Bendell erwähnt in seinem „Occasional Paper „Deep Adaptation“ (Tiefenanpassung) die Weltbank, die 2018 von „...100 Millionen Binnenflüchtlingen ... zusätzlich zu Millionen internationaler Flüchtlingen ...“ spricht).
- Damit ist ein extremer Migrationsdruck auf die nördliche Hemisphäre (USA/Kanada – Europa) verbunden, der unsere demokratischen Systeme in höchste Gefahr bringt.

Diese exemplarischen Darstellungen sollten aufrütteln. Wie aber können konsequente Schritte eingeleitet werden, um das zu erwartendes Unheil abzuwenden? An erster Stelle steht hier eine intensive Aufklärung über die Zusammenhänge der globalen Prozesse, und zwar umfassend:

- Darstellung der naturwissenschaftlichen Zusammenhänge (z.B. wärmere Luft - mehr Regen)
- Erklärung der ökonomischen Zusammenhänge (z.B. Ressourcenverbrauch - Endlichkeit der Vorräte)
- Wissensvermittlung zu politischen Prozessen und ihren Auswirkungen (z.B. soziale Spannungen - Instabilität politischer Systeme)
- ...

Um das zu erreichen, muss aber ein fundiertes Grundwissen in der Bevölkerung vorhanden sein. Deshalb

- Erstes Credo: BILDUNG
- Zweites Credo: BILDUNG
- Drittes Credo: BILDUNG

Vielleicht kommt dann die Einsicht, weniger zu konsumieren, weniger Auto zu fahren, weniger zu reisen ... bei allem, was wir (künftig) tun, sollte stets das „weniger“ oder „gar nicht“ im Vordergrund stehen!!! Die Zufriedenheit der Menschen ist das Maß der Lebensqualität und nicht der Konsum. Die nachfolgenden Generationen werden es uns danken, wenn wir uns daran halten - sonst werden wir uns extreme Vorwürfe unserer Kinder, Enkel und Urenkel einhandeln!

Noch ein abschließender Gedanke: Sehr oft wird als Begründung für das eigene Verhalten angeführt: „Ich als Einzelner kann ja eh nichts machen“. Das ist ein Totschlagargument als bequeme Ausrede, um den gewohnten Lebensstil beizubehalten. Dem ist entgegenzuhalten: „Kleinvieh macht auch Mist“! Und wenn sich die mit Bildung einhergehende Einsicht in globale Prozesse verbreitet, kann eine Massenbewegung doch etwas bewirken. Man muss nur erst einmal damit anfangen!

Literatur:

- 1.) Bendell, Jim: "Deep Adaptation" (Tiefenanpassung), IFLAS Occasional Paper 2 (www.iflas.info), 27.08.2018
- 2.) Erhard, Ludwig: „Wohlstand für Alle“, © Ullstein Buchverlag GmbH, Berlin 2020
- 3.) Interview mit Prof. Dr. Niko Paech: „Das Ende des Wachstumswahns“ in NEUE MITTE - Katholisches Magazin für Wirtschaft und Soziales, 2/2023, KKV-Bundesverband
- 4.) Nass, Elmar: „Ludwig Erhards Ethik sozialer Marktwirtschaft – Rekonstruktion einer noch vernachlässigten Perspektive“ in „Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte“ 2022 Band 85 Heft 3 C. H. Beck S. 657-683
- 5.) Otto, Kathrin: „Von der Sowjetischen Besatzungszone zur DDR“
<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/DDR-Gruendung-1949-Von-der-SBZ-zum-sozialistischen-Staat,gruendungddr100.html>
- 6.) SPD Sozialdemokratischer Pressedienst: Wahlauf Ruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1949 - <http://library.fes.de/spdspd/1949/490801-sondervers.pdf>
- 7.) www.wikipedia.de